



Begleitdokument

Inhalt

Vorwort.....	3
Teil 1 – Kommunalpolitik	4
Folge 1: Basiswissen Kommunalpolitik	5
Folge 2: Beteiligungsinstrumente	6
Folge 3: Interessensvertretungen.....	7
Folge 4: Jugendpolitik und Jugendbeteiligung.....	8
Folge 5: Migrantische Stimmen in der Kommunalpolitik	9
Extrafolge: Wahlalter senken	10
Teil 2 – Umbruchserfahrungen in Bildungsinstitutionen (1989/90)	11
Allgemeine Reflexionsfragen und Hinweise zu Zeitzeug*innen Interviews	12
Folge 1 – Kindergarten: Astrid Axmann.....	13
Folge 2 – Schule: Uwe Preuss	14
Folge 3 – Universität: Dr. Monika Drauschke	15
Folge 4 – Universität: Dr. Walter Drauschke	16
Anhang.....	17
Zusammenfassungen der Interviews Teil 1 – Kommunalpolitik.....	17

Herausgeber

ARBEIT UND LEBEN Sachsen e.V.

Verantwortlich: Frank Schott

Redaktion und Produktion: Frank Schott, Anna Rothmann und Christin Warkentin

www.arbeitundleben.eu

Vorwort

Nischel – ein sächsisches Wort für Kopf – und Kragen. Dies ist der Name unseres Podcasts, der vor allem eins zum Ziel hat: Aufklärung und Aktivierung. Wir wollen uns nicht um Nischel und Kragen reden, sondern Klartext. In zwei Teilen klären wir darüber auf, wie zum einen Kommunalpolitik funktioniert und wie sich wer aktiv einbringen kann. Zum anderen wollen wir einen Blick auf die Erfahrungen und Wahrnehmungen von Personen richten, die vor, während und nach der Wiedervereinigung Deutschlands in sächsischen Bildungsinstitutionen gearbeitet haben.

In jeder Folge setzen wir einen thematischen Schwerpunkt. Die Folgen der Kommunalpolitik sind Zusammenschnitte von Interviews mit Hintergrundinformationen. Jede Folge dauert ungefähr 30 Minuten. Im Kontrast hierzu lassen wir in den Folgen zu den Umbruchserfahrungen in den Jahren 1989/90 in den Bildungsinstitutionen die Interviewten komplett sprechen und stellen so die geschnittenen Interviews zur Verfügung. Diese dauern 30 – 50 Minuten.

Insgesamt haben wir mit 19 Personen gesprochen. Auch die einzelnen Interviews, die wir für den ersten Teil geführt haben, sind öffentlich zugänglich, da wir weitaus nicht alle Aspekte einbringen konnten, über die wir mit den Interviewten gesprochen haben. Dieses Begleitdokument soll Ihnen einen leichteren Zugang zu der Fülle an Material ermöglichen. Hierin fassen wir zwei Themenbereiche zusammen, stellen die Inhalte der einzelnen Folgen sowie die Interviewten vor und bieten exemplarisch Reflexionsfragen, die in Bildungskontexten zur Diskussion der Inhalte genutzt werden können.

Nun hoffen wir, dass wir Ihren Nischel etwas zum Qualmen bringen und wünschen viel Spaß beim Zuhören, Nachlesen und Diskutieren.

Teil 1 – Kommunalpolitik

Kommu – was?! Kommunalpolitik ist nicht unbedingt eines der Lieblingsfelder, mit denen wir uns als Einwohner*innen einer Kommune auseinandersetzen. Schade eigentlich, dachten wir uns. Denn über die Kommunalpolitik wird im Allgemeinen das geregelt, was direkt vor unserer Haustür passiert. Es gibt viele Möglichkeiten direkt mit den Akteur*innen der Kommunalpolitik in Kontakt zu treten, es stehen viele Instrumente zur Beteiligung zur Verfügung und auch Personen, die kein aktives Wahlrecht haben, können sich mit ihren Perspektiven in die Politik auf kommunaler Ebene einbringen.

Der erste Teil des Podcasts bietet einen Einblick in die Funktionsweise der Kommunalpolitik und zeigt, wie sich Einwohner*innen exemplarisch aktiv einbringen können. Hierzu haben wir Interviews mit verschiedenen Menschen aus Leipzig, Dresden und Chemnitz geführt, die sich auf unterschiedliche Weise meist ehrenamtlich in der Kommunalpolitik beteiligen. Von Stadträt*innen, Vorsitzenden eines Stadtverbandes einer Partei und Vertreterinnen der Stadtverwaltung, hin zu Mitgliedern der Migrant*innen-Beiräte und eines Jugendparlamentes bis zu Vertreter*innen der For-Future- Bewegung – die Palette der Beteiligten ist vielfältig, wie die Kommunalpolitik im Allgemeinen.

Uns ist wichtig darauf hinzuweisen, dass der Podcast das Ziel verfolgt, das Interesse an der Kommunalpolitik zu wecken. Mit Sicherheit gibt es viele Aspekte, die kritisch diskutiert werden müssen. Die Erfahrungen einiger Personen, die auf zivilgesellschaftlicher Ebene aktiv sind, zeigen Frustration durch die Langwierigkeit der Prozesse innerhalb der Verwaltung, Widerstände seitens einiger Institutionen oder gar Folgen der gesellschaftlichen Polarisierung, die in den letzten Jahren durch diverse Themenkomplexe zugenommen hat. Der Podcast möchte dies nicht unterschlagen, doch unsere Motivation besteht insbesondere darin, Personen, die zuvor (noch) nicht politisch aktiv waren, Wege aufzuzeigen, wie sie sich in ihrer Kommune niedrigschwellig einbringen können. Demokratie lebt von Diskussionen und diversen Perspektiven – wir wollen die Hörer*innen ermuntern, miteinander und mit Vertreter*innen der Politik ins Gespräch zu kommen.

Folge 1: Basiswissen Kommunalpolitik

Länge: 29 Minuten

Interviewpartner*innen:

Vicki Felthaus (Bürgermeisterin der Stadt Leipzig, Dezernat Jugend, Schule und Demokratie)

Christina März (Stadträtin der Stadt Leipzig, SPD)

Michael Specht (Stadtrat der Stadt Chemnitz, CDU und Ortsverbandsvorsitzender Chemnitz Ost)

Dr. Adam Bednarsky (Stadtrat der Stadt Leipzig, DIE LINKE)

Inhalt:

In der ersten Folge berichten wir eingangs von unseren Eindrücken, die wir beim Besuch einer Ratsversammlung der Stadt Leipzig gewinnen konnten. Es werden die Aufgaben der Kommunalpolitik erklärt und eine Abgrenzung zu den höheren Ebenen (Landes- und Bundesebene) gezogen. Ebenso stellen wir Institutionen und Gremien der Kommunalpolitik vor. Mithilfe der Interviews wird erklärt, welche Aufgaben Stadträt*innen haben, wer sich aufstellen lassen kann und wie die Kommunalwahl funktioniert. Abschließend berichten Interviewpartner*innen, wie die Ratsversammlungen intern vorbereitet werden, z.B. warum die Voten während der Versammlung so schnell abgegeben werden, und wie es sich anfühlt am Podium zu sprechen.

Mögliche Reflexionsfragen:

- Welche Aufgabenbereiche übernimmt die Kommune?
- Wie grenzen sich Kommunal-, Landes- und Bundespolitik voneinander ab? Wann ist die Kommune zuständig, wann die Institutionen auf Landesebene?
- Welche Institutionen und Gremien der Kommunalpolitik werden genannt?
- Welche Aufgaben haben Stadträt*innen?
- Wer kann sich für den Stadtrat bei einer Kommunalwahl aufstellen lassen?

Folge 2: Beteiligungsinstrumente

Länge: 31 Minuten

Interviewpartner*innen:

Ines Vorsatz (Stadt Chemnitz, Dezernat 3: Recht, Sicherheit und Umwelt, Team Bürgerbeteiligung)

Christina März (Stadträtin der Stadt Leipzig, SPD)

Michael Specht (Stadtrat der Stadt Chemnitz, CDU und Ortsverbandsvorsitzender Chemnitz Ost)

Dr. Adam Bednarsky (Stadtrat der Stadt Leipzig, DIE LINKE)

Marco Rietzschel (Mitglied des Stadtbezirksbeirates Süd der Stadt Leipzig, SPD; Vorstandsmitglied des Jugendringes Leipzig)

Inhalt:

Wie kann man sich als Einwohner*in abseits der Wahlen auf kommunaler Ebene aktiv einbringen? In dieser Folge diskutieren wir mit unseren Interviewpartner*innen, was politische Beteiligung für sie bedeutet und welche Chancen diese für alle Seiten bietet. Demzufolge fragen wir auch, wie sich die Beteiligung in den letzten Jahren verändert hat und warum es für die Kommune essenziell ist, dass sich die Einwohner*innen mit ihren Perspektiven und Bedarfen einbringen. An den kommunalen Beispielen Chemnitz und Leipzig stellen wir exemplarisch die Beteiligungsinstrumente Einwohner*innen-Anfrage sowie Petition vor. Abschließend hinterfragen wir ebenso die Hürden bei der politischen Beteiligung auf kommunaler Ebene und ergründen, ob es innerhalb der kommunalen Gesellschaft Unterschiede in der politischen Beteiligung gibt.

Mögliche Reflexionsfragen:

- Was bedeutet politische Teilhabe (für Sie)?
- Welche Beteiligungsinstrumente gibt es auf kommunaler Ebene? Welche gibt es in Ihrer Kommune?
- Welche Personengruppen bringen sich vorrangig aktiv in die Kommunalpolitik ein?
- Warum ist die Beteiligung von Bürger*innen ausschlaggebend für die Stadtverwaltung und Kommunalpolitiker*innen?
- Was fehlt aus Ihrer Sicht in Ihrer Kommune, um politische Teilhabe zu fördern, darüber zu informieren oder attraktiver zu gestalten?

Folge 3: Interessensvertretungen

Länge: 33 Minuten

Interviewpartner*innen:

Tim Detzner (Vorsitzender des Stadtverbandes DIE LINKE Chemnitz)

Luise Hummel-Schröter (Mitglied Parents For Future Dresden)

Tom Richter (Mitglied Fridays For Future Leipzig)

Marco Rietzschel (Mitglied des Stadtbezirksbeirates Süd der Stadt Leipzig, SPD; Vorstandsmitglied des Jugendringes Leipzig)

Dr. Adam Bednarsky (Stadtrat der Stadt Leipzig, DIE LINKE)

Rico Riedel (Mitarbeiter Sächsische Landjugend e.V.)

Inhalt:

Interessensvertretungen sind auf allen politischen Ebenen aktive Akteure. In den Interviews verwiesen alle Befragten auf ein Beispiel, das in den letzten Jahren global große Aufmerksamkeit erfahren hat: Die For-Future-Bewegung. So entschlossen wir uns, diese Bewegung als Beispiel zu nutzen, um näher zu ergründen, welche Bedeutung Interessensvertretungen auf kommunaler Ebene haben. In dieser Folge zeigen wir auf, was Menschen dazu bewegt, sich innerhalb einer Gruppe in die Kommunalpolitik einzubringen. Es werden Strategien benannt, mit der die Interessen einer Gruppe gegenüber der kommunalen Verwaltung erfolgreich vertreten werden können. Außerdem ordnen wir die Interessensvertretungen entlang des politischen Systems ein und diskutieren, ob Interessensvertretungen und Lobbyismus synonym verwendet werden können.

Mögliche Reflexionsfragen:

- Was können Motivationsmomente sein, die Menschen dazu veranlassen, sich entlang ihrer Interessen zu organisieren?
- Welche unterschiedlichen Vorgehensweisen bzw. Strategien gibt es bei der Vertretung von Interessen?
- Was unterscheidet „Lobbyismus“ von Interessensvertretungen?
- Auf welche Art und Weise haben sich die Bedingungen für die Lobbyarbeit der Umweltverbände verändert?
- Wie sind Interessensvertretungen im Modell des demokratischen Systems einzuordnen?

Folge 4: Jugendpolitik und Jugendbeteiligung

Länge: 35 Minuten

Interviewpartner*innen:

Oskar Teufert (Sprecher des Jugendparlamentes der Stadt Leipzig)

Marius Wittwer (Mitglied des Jugendparlamentes der Stadt Leipzig)

Rico Riedel (Mitarbeiter Sächsische Landjugend e.V.)

Marco Rietzschel (Mitglied des Stadtbezirksbeirates Süd der Stadt Leipzig, SPD; Vorstandsmitglied des Jugendringes Leipzig)

Vicki Felthaus (Bürgermeisterin der Stadt Leipzig, Dezernat Jugend, Schule und Demokratie)

Christina März (Stadträtin der Stadt Leipzig, SPD)

Tim Detzner (Vorsitzender des Stadtverbandes DIE LINKE Chemnitz)

Tom Richter (Mitglied Fridays For Future Leipzig)

Inhalt:

Einige Kommunen verfügen über spezielle Jugendbeteiligungsinstrumente, wie zum Beispiel Leipzigs Jugendparlament. Doch dieses eigenständig agierende Parlament ist in der Landschaft der deutschen Kommunalpolitik eher als Ausnahme zu sehen. In der vierten Folge wollen wir vertiefend auf dieses Feld blicken und aufzeigen, warum Jugendbeteiligung wichtig ist. Im Gespräch mit Vertretern des Leipziger Jugendparlamentes diskutieren wir, wie ihr Einfluss selbst wahrgenommen wird, welche Maßnahmen notwendig sind, um Beteiligung junger Menschen zu fördern und welche Möglichkeiten es im Allgemeinen gibt. Außerdem haben wir die Chance genutzt, um mit dem Experten Rico Riedel darüber zu sprechen, wie Kommunen Jugendbeteiligungsinstrumente etablieren können. An dieser Stelle können wir bereits verraten, dass es hierfür kein Patentrezept gibt, sondern viele Faktoren beachtet werden müssen.

Mögliche Reflexionsfragen:

- Warum sind die Perspektive und Beteiligung junger Menschen für die Kommunalpolitik relevant?
- Was bedeutet politische Teilhabe im weiteren bzw. im engeren Sinne?
- Welche Möglichkeiten gibt es, als junger Mensch etwas im eigenen Umfeld zu verändern und sich zu engagieren?
- Welche Themen finde ich interessant? Worauf möchte ich gerne einen Einfluss haben? Was möchte ich gerne verändern?
- Welche Art und Weise der Teilhabe wäre / ist für mich mit meinem Alltag und meiner Lebensweise vereinbar? Wofür hätte ich Energie, Lust und Ausdauer?
- Wo könnte ich mich am besten informieren oder melden, um mein zukünftiges Engagement in die Tat umzusetzen?

Folge 5: Migrantische Stimmen in der Kommunalpolitik

Länge: 26 Minuten

Interviewpartner*innen:

Neam Tarek (Mitglied des Migrant*innen-Beirates der Stadt Leipzig)

Azim Semizoğlu (Mitglied des Migrant*innen-Beirates der Stadt Leipzig, Vorsitzender des Haus der Sozialen Vielfalt e.V.)

Abdulaziz Bachouri (Mitglied des Integrations- und Ausländerbeirates der Stadt Dresden)

Christina März (Stadträtin der Stadt Leipzig, SPD)

Michael Specht (Stadtrat der Stadt Chemnitz, CDU und Ortsverbandsvorsitzender Chemnitz Ost)

Dr. Adam Bednarsky (Stadtrat der Stadt Leipzig, DIE LINKE)

Inhalt:

Das deutsche Wahlrecht sieht vor, dass Personen ab 18 Jahren mit deutscher oder EU-Staatsbürgerschaft zu den Kommunalwahlen wahlberechtigt sind, die mindestens drei Monate in der Kommune gemeldet sind. Doch was ist mit Personen, die schon mehrere Jahre hier leben, aber sich an den Wahlen aufgrund der Staatsbürgerschaft nicht beteiligen dürfen? Wir sprechen jeweils mit Vertreter*innen des Dresdner und des Leipziger Migrant*innen-Beirates um insbesondere vorzustellen, wie diese die Perspektiven von Personen mit Migrationsgeschichte in die Kommunalpolitik einbringen. Wir zeigen auch, wie sich die Beiräte jeweils zusammensetzen, wer sich aufstellen lassen kann und wie beide Beiräte jeweils arbeiten (können). Auch wenn sie auf den ersten Blick ähnlich erscheinen, unterscheiden sie sich insbesondere im Antragsrecht, das in Dresden nicht vorgesehen ist. Was bedeutet das? Welche Partizipationsmöglichkeiten gibt es abseits des Wahlrechts? Welche Bedeutung haben Vorbilder für Jugendliche, die als migrantisch gelesen werden?

Mögliche Reflexionsfragen:

- Welche Sichtweisen gibt es auf die Bestimmungen im Wahlrecht, die Personen von der Kommunalwahl ausschließen, die keine deutsche oder EU-Staatsbürgerschaft haben?
- Welche Bedeutung haben Migrant*innen-Beiräte?
- Was ist der Unterschied zwischen Anhörungsrecht und Antragsrecht?
- Wie wird über die Vielfalt in der Stadtverwaltung gesprochen? Was wird gefordert und warum?
- Warum sind die Perspektive und Beteiligung von Menschen mit Migrationsgeschichte für die Kommunalpolitik und auch für mich als Einwohner*in relevant?

Extrafolge: Wahlalter senken

Länge: 19 Minuten

Interviewpartner*innen:

Christina März (Stadträtin der Stadt Leipzig, SPD)

Michael Specht (Stadtrat der Stadt Chemnitz, CDU und Ortsverbandsvorsitzender Chemnitz Ost)

Marco Rietzschel (Mitglied des Stadtbezirksbeirates Süd der Stadt Leipzig, SPD; Vorstandsmitglied des Jugendringes Leipzig)

Oskar Teufert (Sprecher des Jugendparlamentes der Stadt Leipzig)

Marius Wittwer (Mitglied des Jugendparlamentes der Stadt Leipzig)

Rico Riedel (Mitarbeiter Sächsische Landjugend e.V.)

Tom Richter (Mitglied Fridays For Future Leipzig)

Inhalt:

Lange Zeit war völlig klar, auf Bundesebene dürfen Menschen erst ab 18 Jahren wählen gehen. Auch in Sachsen, auf kommunaler Ebene, ist dieses Wahlalter festgeschrieben. Dass in der 20. Legislaturperiode von der Ampelkoalition eine Absenkung des Wahlalters versprochen wurde, konnten unsere Interviewpartner*innen noch nicht wissen. Dennoch haben wir sie zu ihrer Meinung gefragt: Sollte man das Wahlalter absenken? Auf 16 oder 14 Jahre oder sogar auf Null? Welche Vorteile und Nachteile ergeben sich daraus? Dazu kamen ganz unterschiedliche, spannende Aussagen und Argumente, die gerne diskutiert werden können. Viel Spaß bei unserer Extrafolge!

Mögliche Reflexionsfragen:

- Welche Chancen und Risiken könnte eine Absenkung des Wahlalters mit sich tragen? Gibt es noch weitere Argumente gegen eine Absenkung?
- Welche Bedingungen bzw. Forderungen steht im Zusammenhang mit einer Absenkung?
- Beurteile – nach sorgfältiger Diskussion und Abwägung der Pro- und Kontra-Argumente – die folgende These: „Das Wahlalter sollte bundesweit auf 14 Jahre gesenkt werden“.

Teil 2 – Umbruchserfahrungen in Bildungsinstitutionen (1989/90)

Der Systemumbruch durch die Friedliche Revolution und die darauffolgende Wiedervereinigung Deutschlands hat für die Menschen ab 1989/90 in den neuen Bundesländern Veränderungen in allen Lebensbereichen mit sich gebracht. Der Arbeitsmarkt ist ein Bereich, der sich erheblich veränderte – viele Menschen verloren von heute auf morgen ihre Arbeitsstellen, die sie zum Teil Jahrzehnte ausübten. Während in der allgemeinen Öffentlichkeit viel über die Veränderungen in der Industrie und im öffentlichen Dienst diskutiert wurde, gibt es bis heute wenige Einblicke in die Veränderungen und Anpassungen der Menschen, die vor, während und nach dem Umbruch in Bildungsinstitutionen arbeiteten.

Dies ist ein Bereich, der uns als Akteur der politischen Bildung sehr interessiert. Und so haben wir mit Personen gesprochen, die in dieser Zeit in drei verschiedenen Bildungsinstitutionen arbeiteten: Kindergarten, Schule und Universität bzw. Forschungszentrum. Alle Interviewten wurden nach der Wiedervereinigung in den Institutionen (teils zwar mit Unterbrechung und Gerichtsverfahren) weiter beschäftigt, auch wenn sich teilweise der Arbeitsbereich änderte oder Weiterbildungen absolviert wurden. Dies ist, wie wir betonen möchten, nicht der Normalfall gewesen. Denn auch in den Bildungsinstitutionen gab es viele Entlassungen, die entweder in einem Rückgang des Personalbedarfs oder auch in einer vorherigen Systemtreue zur SED-Diktatur begründet lagen.

An dieser Stelle möchten wir nochmals darauf verweisen, dass es sich bei den Interviews um Narrationen handelt, die Meinungen und Erfahrungen der Befragten abbilden. Sie müssen demnach nicht mit jenen von ARBEIT UND LEBEN Sachsen e.V. übereinstimmen.

Allgemeine Reflexionsfragen und Hinweise zu Zeitzeug*innen Interviews

„Die Erzählung eines Zeitzeugen im Jahre später geführten Interview ist notwendigerweise eine von ihm selbst verfasste Darstellung über die eigenen Erfahrungen. Im Zeitzeugengespräch haben wir es also mit einer ‚Narration‘ über Vergangenes zu tun und nicht mit den ‚originalen‘ vergangenen Erfahrungen. [...]“¹

Daraus ergeben sich verschiedene Überlegungen, die bei der Verwendung der Interviews eine Rolle spielen müssen. Erinnerungen können sich verändern, es wird eine bestimmte Perspektive eingenommen und Vergleiche mit der Gegenwart angestellt, die heute nicht mehr die gleiche ist, wie vor 20 Jahren. Diese Besonderheit, die den Zeitzeug*innen-Interviews inhärent ist, kann gleichzeitig eine wertvolle Chance sein. Denn Gegenwart wird auch von Erfahrungen und Erlebnissen, die in der Vergangenheit liegen, geprägt und führt zu einem besseren Verständnis manch aktueller Problematik, einiger Aussagen oder Positionierung. Folgende Fragen können deshalb Anregung für die Reflexion der Interviews im Unterricht sein:

- Passen die Erzählungen zum geschichtlichen Hintergrund?
- Welche Hinweise gibt der/die Zeitzeug*in auf seine/ihre Meinung oder politische Einstellung?
- Berichtet die Person aus einer bestimmten Perspektive?
- Lässt die Person erkennen, welche Gefühle sie gegenüber einer anderen Person oder einem Ereignis hatte?²

Inhaltlich können die Interviews hinsichtlich folgender Forschungsfragen verwendet werden:

- Hat in der Zeit nach der Wiedervereinigung Deutschlands eine Entpolitisierung der ehemaligen DDR-Lehrkräfte stattgefunden? (v.a. Interview mit Uwe Preuss)
- Welche Gefühle lösten die Wende und die nachfolgenden Veränderungen in der Arbeitswelt für die Menschen in der ehemaligen DDR aus?
- Welche Auswirkungen haben Gefühle wie „Abqualifizierung“ für die Identität der ehemaligen DDR-Bürger*innen? (v.a. Interview mit Astrid Axmann)
- Welche Gründe können genannt werden, um die These zu stützen, dass ein Demokratiedefizit im Osten Deutschlands herrsche? (v.a. Interviews mit Walter und Monika Drauschke)

¹ Schreiber, Waltraud (2009): Zeitzeugengespräche führen und auswerten. In: Schreiber, Waltraud; Arkossy, Katalin (Hgg.): Zeitzeugengespräche führen und auswerten – Historische Kompetenzen schulen. Themenhefte Geschichte 4. Neuried: Ars Una Verlagsgesellschaft. S. 21.

² vgl. Körber-Stiftung (2018): Die Arbeit mit Zeitzeugen. In: Arbeitsblätter zur historischen Projektarbeit für Schülerinnen und Schüler. Hamburg: Körber-Stiftung. Online verfügbar unter: https://www.koerber-stiftung.de/fileadmin/user_upload/koerber-stiftung/redaktion/geschichtswettbewerb/pdf/2018/Arbeitsblaetter_zur_historischen_Projektarbeit_2018.pdf [letzter Zugriff am 16.12.2022].

Folge 1 – Kindergarten: Astrid Axmann

Länge: 36 Minuten

Interviewpartnerin: Astrid Axmann (freigestellte Erzieherin, Personalrätin der Stadt Leipzig, stellvertretende Landesvorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Sachsen)

Inhalt:

Die Erziehungsarbeit der Kindergärtner*innen in der DDR war unter anderem durch den Bildungs- und Erziehungsplan geprägt. Über diesen sollten die Kindergärten als Orte der Erziehung klar in ihrer Arbeitsweise strukturiert werden. Mit der Wiedervereinigung Deutschlands fiel nicht nur der Bildungs- und Erziehungsplan weg, viele Kindergärtner*innen verloren ihre Jobs und die beruflichen Identitäten gerieten teils ins Wanken. Astrid Axmann berichtet in unserem Interview von den individuellen und einigen kollektiven Erfahrungen der Erzieher*innen, die vor, während und nach der Wiedervereinigung in Kindergärten arbeiteten. Sie erzählt über die „Jahre der Verunsicherung“, das Gefühl der Abqualifizierung, Anpassungslehrgängen und ihren Weg, um nach einer Kündigung zurück in ihren Beruf zu können. Ebenso thematisiert sie die empfundene Freiheit, die das Erziehungsparadigma der BRD mit sich brachte, durch das die Erzieher*in als Partner*in der Kinder verstanden wird, und nicht wie im Paradigma der DDR als reine Inhaltsvermittler*in im Vorschulbereich.

Mögliche Reflexionsfragen:

- Welche Veränderungen hat es in den Erziehungsstilen und -konzepten im Kindergarten gegeben?
- Welche Bedingungen wurden an die Kindergärtner*innen gestellt, um weiter arbeiten zu dürfen?
- Was wird im Interview über das Gefühl der Abqualifizierung erzählt?
- Was wird vom Kindergarten während der DDR berichtet? Wie unterscheidet sich dies vom heutigen System der Kleinkinderziehung?
- Was denken Sie, wie war die Zeit des Systemumbruchs für die Kinder?

Folge 2 – Schule: Uwe Preuss

Länge: 43 Minuten

Interviewpartner: Uwe Preuss (Lehrer für Englisch und Deutsch, aktives Mitglied der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Sachsen, Redaktion Mitgliederzeitung „E&W Sachsen“)

Inhalt:

Schulen erlebten während der Zeit der Friedlichen Revolution und der Wiedervereinigung Deutschlands in den neuen Bundesländern während des laufenden Schulbetriebes eine erhebliche Veränderung. Von jetzt auf gleich verschwanden Schulfächer, der Lehrplan musste überdacht werden, gewisse regelmäßige Veranstaltungen wurden nicht mehr durchgeführt und das Schulsystem wurde in verschiedene Schularten gegliedert. Im Interview mit Uwe Preuss fragen wir nach, was und wie sich die Schule als Lern- und Arbeitsort verändert hat. Thematisiert werden Entlassungen von Lehrkräften, die Bewertung der Systemtreue zur SED-Diktatur insbesondere in höheren Positionen und welche Aspekte des Systemumbruchs noch heute spürbar sind. Uwe Preuss gibt uns hierbei interessante Einblick in seinen beruflichen Alltag während der DDR und den Veränderungen, die sich durch den Systemumbruch ergeben haben.

Mögliche Reflexionsfragen:

- Welche Veränderungen hat es im Lehrbetrieb und in der Didaktik gegeben?
- Welche Bedingungen wurden an die Lehrkräfte gestellt, um weiter arbeiten zu dürfen?
- Was wird von der Schule in der DDR berichtet? Wie unterscheidet sich das Bildungssystem der DDR zum heutigen?
- Was berichtet Uwe Preuss über die Entpolitisierung im Unterricht? Wie sehen Sie das? Denken Sie, dies ist auch auf andere gesellschaftliche Bereiche übertragbar?
- Was denken Sie, wie war die Zeit des Systemumbruchs für Schüler*innen?

Folge 3 – Universität: Dr. Monika Drauschke

Länge: 47 Minuten

Interviewpartnerin: Dr. Monika Drauschke (ehemals Mitarbeiterin der Universität Leipzig, Landwirtschaftswissenschaften, Chemieingenieurin)

Inhalt:

Durch dieses Zeitzeugnis bekommen die Hörer*innen einen Eindruck, wie hochqualifiziertes, gut ausgebildetes Fachpersonal wegen ihrer Herkunft (DDR) oder ihrer karrierebedingter Parteizugehörigkeit (nicht zu vergleichen mit Ideologie) Abqualifizierung und Übersendungsbeusstsein aus Westdeutschland erfahren haben. Dies hat häufig persönliche Frustration hervorgerufen und teilweise einen wirtschaftlichen Stillstand erzeugt. Im zweiten Abschnitt geht es auch ausführlich um das Leben von Dr. Monika Drauschke im Spannungsfeld zwischen Anpassung an und Widerstand im politischen System der DDR. Dazu empfiehlt sich (wie sie auch im Interview erwähnt) die Behandlung des Gedichtes Berthold Brechts „Die Teppichweber von Kujan-Bulak ehren Lenin“. Im dritten Teil werden viele Vergleiche gezogen zwischen der DDR und der damaligen und heutigen BRD, während der Begriff Freiheit von verschiedenen spannenden Facetten beleuchtet wird.

Mögliche Reflexionsfragen:

- Welche Veränderungen hat es im Hochschullehrbetrieb gegeben?
- Welche Bedingungen wurden an die Mitarbeiter*innen der Universitäten gestellt, um dort weiter arbeiten zu dürfen?
- Was wird im Interview zum Gefühl der Abqualifizierung gesagt?
- Was wird von der Hochschulsystem in der DDR berichtet? Wie unterscheidet sich dieses von der Universität heute?
- Was denken Sie, wie war die Zeit des Systemumbruchs für Studierende?

Folge 4 – Universität: Dr. Walter Drauschke

Länge: 32 Minuten

Interviewpartner: Dr. Walter Drauschke (ehemals Mitarbeiter der Universität Leipzig, Landwirtschaftswissenschaften, Diplolandwirt)

Inhalt:

In dieser Folge erfahren die Hörer*innen ein Zeitzeugnis von einem ehemaligen Hochschulmitarbeiter (Forschung und Lehre) im Fachbereich der Landwirtschaft und der Chemie, mit der Spezialisierung auf Pflanzenschutz, Düngung und Tierernährung. Dr. Walter Drauschke wurde durch den Systemwechsel zunächst arbeitslos, gehörte jedoch durch Bemühungen und glückliche Umstände zu den wenigen Angestellten, die recht bald weiter an der Hochschule lehren durften. Er beschreibt die Veränderungen der Hochschullandschaft durch die Wende und berichtet von seinen eigenen Erfahrungen in Bezug auf Reisefreiheit vor und nach der Wiedervereinigung Deutschlands. Während der Schilderungen wird deutlich, dass der Zeitzeuge sehr zufrieden mit seinem Ausbildungs- und Lebenslauf im Hochschulsystem der DDR war und kaum Probleme hatte, was v.a. auch darin begründet liegt, dass dieser Teil der Wissenschaft kaum ideologisch eingefärbt war.

Mögliche Reflexionsfragen:

- Welche Veränderungen hat es im Hochschullehrbetrieb gegeben?
- Welche Bedingungen wurden an die Mitarbeiter*innen der Universitäten gestellt, um weiter dort arbeiten zu dürfen?
- Was wird von der Hochschulsystem in der DDR berichtet? Wie unterscheidet sich dieses von der Universität heute?
- Was denken Sie, wie war die Zeit des Systemumbruchs für Studierende?

Anhang

Zusammenfassungen der Interviews Teil 1 – Kommunalpolitik

Abdulaziz Bachouri (Mitglied des Integrations- und Ausländerbeirates der Stadt Dresden)

- Eigene pol. Aktivitäten: Studentenrat, Mitglied SPD und Vorsitzender der AG Migration und Vielfalt, persönlicher Referent bei Frau Köpping, jetzt Mitglied des Ausländer- und Integrationsbeirates Dresden
- Agiert auch als Vertreter des Beirates viel aus Eigeninitiative heraus
- Diskutiert geringe Vielfalt innerhalb der Stadtverwaltung
- Ausländer- und Integrationsbeirat Dresden: Aufgaben, Wahl und Zusammensetzung, Handlungsmöglichkeiten
- Erfolgsgeschichten: kostenlose Arabischkurse für Kinder und Jugendliche, pol. Bildung für Jugendliche in Kooperation mit anderen Institutionen
- Möglichkeiten und Notwendigkeit der pol. Teilhabe für Personen ohne aktivem Wahlrecht
- Meinung, Förderung, Zusammenleben und Blick auf migrantische Communities seitens Politiker*innen müssen sich verändern

Dr. Adam Bednarsky (Stadtrat der Stadt Leipzig, DIE LINKE)

- Erklärt das Kommunalwahlsystem (Wie werden die Stimmen gezählt? Welche Bedeutung haben die Listenplätze?)
- Arbeitsweise des Stadtrates, der Fraktionen und der Ausschüsse
- Aufgabenbereiche der Kommune in Abgrenzung zur Landesebene am Beispiel Schulgebäude
- Ratsversammlung als „Bühne“, um Entscheidungen vor Einwohner*innen zu rechtfertigen
- Wahlberechtigung: aktives und passives Wahlrecht
- Bedeutung pol. Teilhabe allgemein, Unterschiede bei Gruppen am Beispiel Kultur und Kleingartenvereinen vs. Einwohner*innen in sozial benachteiligten Stadtteilen
- Erfolgsgeschichte der Beteiligung junger Menschen in Leipzig: Fridays For Future und Antrag auf Klimanotstand
- Zusammenhang finanzielle Zwänge der Stadtverwaltung und Partizipationsmöglichkeiten

Azim Semizoğlu (Mitglied des Migrant*innen-Beirates der Stadt Leipzig, Vorsitzender des Haus der Sozialen Vielfalt e.V.)

- Vorstellung Ziele und Projekte des „Haus der Sozialen Vielfalt e.V.“ (Verein, der sich für die Förderung der Teilhabe von muslimisch-migrantischen Menschen einsetzt)
- Kooperationen des Vereins mit kommunalen Institutionen, werden z.B. als Expert*innen eingeladen
- Hohe Bedeutung von Vorbildern für Jugendliche mit Migrationsgeschichte, haben andere Startbedingungen als Jugendliche ohne Migrationsgeschichte
- Einfluss Diskriminierungserfahrungen auf pol. Teilhabe

- Migrant*innen-Beirat Leipzig: Erfolg der Wahlen, Wahlsystem, Arbeitsweise, Aufgabe, Verankerung im kommunalpolitischen System Leipzigs
- Aufgaben und Funktion als Mitglied des Migrant*innen-Beirates
- Sicht auf die Möglichkeiten der Förderung von Vielfalt durch Kommunen

Christina März (Stadträtin Stadt Leipzig, SPD)

- Rolle und Aufgabe als Stadträtin
- Motivation und Herausforderungen beim pol. Engagement als Stadträtin
- Einordnung des Stadtrates in das politische System Deutschlands
- Bedeutung des Stadtrates für die Einwohner*innen der Stadt
- Kommunikation zwischen Stadtrat und Einwohner*innen
- Ablauf, Arbeit und Bedeutung der Ratsversammlung, Gefühle bei Teilnahme
- Thematisierung von Sexismus, Vielfalt und fehlender Perspektiven im Stadtrat
- Petitionsausschuss; Besonderheiten von Petitionen auf kommunaler Ebene
- Politische Teilhabe: Bedeutung, Bedeutung für Stadt und Einwohner*innen; eigene Rolle; Beteiligungsinstrumente; Beteiligung bestimmter Bevölkerungsgruppen
- Instrument der Einwohner*innen-Anfrage
- Meinung zu den gesetzlichen Bestimmungen zur Wahlberechtigung

Ines Vorsatz (Stadt Chemnitz, Dezernat 3: Recht, Sicherheit und Umwelt, Team Bürgerbeteiligung)

- Einordnung des Teams Bürgerbeteiligung in die Organisation der Stadtverwaltung Chemnitz
- Bürger*innen-Beteiligung immer dann, wenn sie als Expert*innen ihrer Lebenswelten gefragt sind und auch für sie ein Mehrwert entsteht
- Hintergrund Etablierung des Teams Bürgerbeteiligung in der Stadtverwaltung
- Bedeutung der Beteiligung und der Beteiligungsinstrumente für die Arbeit der Stadtverwaltung
- Grenzen der Beteiligungsmöglichkeiten sind gesetzliche Bestimmungen
- Vorstellung einiger Beteiligungsinstrumente der Stadt Chemnitz, z.B. Stadtteilpilot*innen, Bürgerplattform, Stadtteilmanagement
- Veränderung der Beteiligung, um direkteren Austausch mit Einwohner*innen zu gewährleisten (häufig das Gefühl, niemand hört zu)
- Jugendbeteiligung als große Herausforderung und Vorstellung, wie dies in Chemnitz umgesetzt wird
- Beteiligungsmöglichkeiten von Personen ohne deutsche oder EU-Staatsbürgerschaft
- Erfolgsgeschichte: Kunstprojekt „Distrikt Chemnitz“

Jugendparlament Leipzig (Oskar Teufert, Marius Wittwer)

- Werdegang, Interesse und Motivation für das politische Engagement im Jugendparlament
- Aufgaben, Rolle und Ablauf im Jugendparlament
- Gremien, Sitzungen, Ausschüsse, Anträge, Jugendfond und Abläufe im Jugendparlament
- Einordnung ins Gemeinderatsverfahren

- Gefühle bei der Arbeit im Jugendparlament
- Erfolgsgeschichten: bspw. Klimanotstand
- Herausforderungen: z.B. Pluralismus
- Zeitaufwand
- Politische Teilhabe: Engagement im Jugendparlament oder anderen Interessensvertretungen
- Wichtigste Forderungen von Kindern und Jugendlichen & Wahrnehmung ihrer Stimmen
- Beteiligungsinstrumente und -rechte von Kindern und Jugendlichen
- Meinung zu den gesetzlichen Bestimmungen zur Wahl (Wahlalter senken)

Luise Hummel-Schröter (Mitglied Parents For Future Dresden)

- Werdegang, Motivation und Interesse für aktives Engagement
- Eigener Alltag als Mitglied in einer Umwelt-Interessensvertretung
- Vertretung von eigenen und anderen Interessen, Vermittlung
- Einordnung von Parents For Future (PFF) in demokratisches System zwischen politischer und gesellschaftlicher Ebene
- Verschiedene politische Ebenen der Interessensvertretung: kommunale Ebene, ...
- Einfluss und Erfolg von Interessensvertretung und Kommunalpolitik (Beispiele)
- Forderungen von PFF Dresden
- Lobbyismus: Bedeutung, Begriffskritik, Abgrenzung zu Interessensvertretung; Veränderungen bzgl. Bedingungen für den Umweltlobbyismus (FFF: Schulstreik)
- Erfolgreiche Strategien für Umweltverbände
- Beteiligungsmöglichkeiten und Engagement für (junge, klimabewusste) Menschen
- Relevanz von Interessensvertretungen wie PFF
- Wichtigkeit des Spürens von Handlungsmacht und Wirkmächtigkeit

Marco Rietzschel (Mitglied des Stadtbezirksbeirates Süd der Stadt Leipzig, SPD; Vorstandsmitglied des Jugendringes Leipzig)

- Rolle, Aufgaben, Vorlagen im Stadtbezirksbeirat (SBB)
- Zeitumfang, Motivation, Werdegang und Herausforderungen im Engagement und im SBB
- Bedeutung des SBB im pol. System Deutschlands
- Kommunikation zwischen SBB und Einwohner*innen
- Beteiligungsinstrument Einwohner*innen-Anfrage
- Austausch SBB mit höheren / anderen politischen Ebenen (Stadtrat, Verwaltung, Landes- und Bundesebene)
- Sitzungen; Vielfältigkeit; Bewerbungsverfahren; Wahlturnus des SBB; Vertretung in Fachausschüssen; Typische Anliegen; Bürgerbudget (Förderung von Bürger*innen-Projekten)
- Politische Teilhabe: Bedeutung; Selbstwirksamkeitserfahrung
- Beteiligungsinstrumente; Beteiligung von bestimmten Personengruppen
- Kinder- und Jugendbeteiligung; Interessen von KuJ
- Meinung zu den gesetzlichen Bestimmungen zur Wahl (Wahlalter senken)
- Stadtjugendring: Definition, Bedeutung und Aufgabe
- Interessensvertretungen: Bedeutung, Begriff und Vergleich zu Lobbyismus

Michael Specht (Stadtrat Stadt Chemnitz, CDU; Vorstand des Ortsverbandes Chemnitz Ost)

- Motivation für politisches Engagement allgemein und als Stadtrat
- Rolle als Stadtrat und Organisation innerhalb Fraktion
- Einschätzung Möglichkeiten und Herausforderungen, Erfolgsgeschichte
- Bedeutung des Stadtrates für die Bürger*innen
- Vorstellung einiger Beteiligungsinstrumente in Chemnitz (Bürger*innen-Forum, Bürger*innen-Plattform)
- Austausch und Zusammenarbeit mit höheren politischen Ebenen
- Ablauf sowie Vorbereitungen der Ratsversammlung, Nervosität anfangs
- Vielfalt des Chemnitzer Stadtrates hinsichtlich Parteienvielfalt und berufliche Hintergründe
- Voraussetzungen zur Aufstellung bei den Kommunalwahlen
- Einordnung und Bedeutung von Stadt- bzw. Ortsverband einer Partei
- Bedeutung politischer Teilhabe
- Meinung zu den gesetzlichen Bestimmungen zur Wahlberechtigung
- Diskussion: Partizipation = Prävention?

Neam Tarek (Mitglied des Migrant*innen-Beirates der Stadt Leipzig)

- Aufgaben und Rolle als Mitglied des Leipziger Migrant*innen-Beirates
- Bedeutung des Beirates im kommunalpolitischen System Leipzigs
- 2021 erste Wahl eines Teils der Mitglieder des Beirates (Bedeutung der Wahl, Wahlkampf, Voraussetzung für Kandidatur)
- Zusammensetzung und Arbeitsweise des Leipziger Migrant*innen-Beirates
- Austausch mit kommunalen und zivilgesellschaftlichen Institutionen
- Sichtweisen auf Zusammenhang der politischen Teilhabe mit Staatsbürgerschaft, Sozialisation und Diskriminierungserfahrungen
- Migrantische Perspektiven in und auf die (kommunale) Politik
- Förderung der Vielfalt: Notwendigkeit der gegenseitigen Sensibilität und Selbstreflexion
- Motivation für die Kandidatur

Rico Riedel (Mitarbeiter Sächsische Landjugend e.V.)

- Zusammenarbeit mit Kommunen zur Förderung von Jugendbeteiligung
- Systemischer (ganzheitlicher) Ansatz
- Erfolgsbeispiele aus Kommunen, aber keine Patentrezepte
- Definitionen und Bedeutung von Jugendbeteiligung und -gerechtigkeit
- Interessen von Jugendlichen; Strategien diese zu erfahren
- Aufbau, Strategien, Orte und Dialogformen von Jugendbeteiligung in Kommunen
- Ziele, Aufgaben und Rolle des Vereins „Sächsische Landjugend“
- Hindernisse und Bedenken der Kommunen bei Jugendbeteiligung, Gegenargumente
- Interessensvertretungen: Bedeutung, Begriff und Vergleich zu Lobbyismus
- Meinung zu den gesetzlichen Bestimmungen zur Wahl (Wahlalter senken)
- Diskussion: Partizipation = Prävention?; Demokratie leben

Tom Richter (Mitglied Fridays For Future Leipzig)

- Motivation, sich zu engagieren
- Werdegang; Beginn von Fridays For Future (FFF) in Leipzig
- Instrumente der Interessensdurchsetzung
- Erfolgsgeschichten von FFF
- Kontakt und Mittel, auf die Kommunalpolitik Einfluss zu nehmen
- Lobbyismus: Bedeutung, Begriffskritik, Abgrenzung zu Interessensvertretung; Veränderungen bzgl. Bedingungen für den Umweltlobbyismus (FFF: Schulstreik)
- Ursachen des Erfolgs der Klimabewegung – Engagement aktiver Menschen?
- Politisches Engagement junger Menschen mit Interesse für Umweltschutz
- Meinung zu den gesetzlichen Bestimmungen zur Wahl (Wahlalter senken)

Tim Detzner (Vorsitzender des Stadtverbandes DIE LINKE Chemnitz)

- Rolle und Alltag als Vorsitzender des Stadtverbandes der Partei DIE LINKE
- Einbettung des Stadtverbandes einer Partei in das kommunalpolitische System (Funktion, Aufgaben und Verzahnung mit höheren politischen Ebenen)
- Bedeutung der Kommunalpolitik bei der Bundestagswahl
- Bedeutung der politischen Teilhabe in der Kommunalpolitik: Einwohner*innen (unabhängig vom Alter, Staatsangehörigkeit u.a.) als Expert*innen ihrer Lebenswelt
- pol. Teilhabe auf kommunaler Ebene kann Einfluss auf höhere Ebenen nehmen
- pol. Beteiligung in Chemnitz (Instrumente, Annahme seitens der Einwohner*innen, benachteiligte Gruppen)
- Erfolgsgeschichte For Future-Bewegung in Chemnitz
- Meinung zum Wahlrecht hinsichtlich Alter und Staatsangehörigkeit
- Bedeutung von Jugendbeteiligung

Vicki Feldhaus (Bürgermeisterin der Stadt Leipzig, Dezernat Jugend, Schule und Demokratie)

- Alltag und Rolle als Bürgermeisterin und Beigeordnete des Stadtrates; Herausforderungen und Motivation
- Quellen der Impulse und Erfahrungen, die Entscheidungsprozesse beeinflussen
- Einordnung des Dezernats im kommunalpolitischen System
- Bedeutung des Dezernats für Einwohner*innen; Austausch zwischen beiden Ebenen
- Kontakt, Kommunikation und Struktur zwischen ihrem und dem Oberbürgermeisteramt
- Politische Teilhabe: Bedeutung, Bedeutung für Stadt und Einwohner*innen; eigene Rolle; Beteiligungsinstrumente; Beteiligung bestimmter Bevölkerungsgruppen
- Beteiligungsmöglichkeiten für junge Menschen – interkommunaler Vergleich; Veränderungen
- Pläne für Ausbau von Beteiligung v.a. von marginalisierten Gruppen und Verringerung der Diskrepanz zwischen vorhandenen und von Betroffenen wahrgenommenen Beteiligungsmöglichkeiten
- Meinung zu den gesetzlichen Bestimmungen zur Wahl (Wahlalter senken)
- Wahrnehmung von Einfluss / Einbezug von Stimmen von Kindern und Jugendlichen